

Politische Uebersicht.

Der liberale Sperling und die Zentrumsstaube.

Das preußische Herrenhaus wird am 21. Mai die zweite Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage vornehmen. Überraschungen sind nicht ausgeschlossen. Die Vorlage des Herrenhauses hat auf den alten Wahlrechtsblock jenseitig gewirkt. Das Zentrum will nicht mitmischen. Germania hatte gestern mit salomonischer Kürze gemeldet:

Der Landesausschuss der preußischen Zentrumspartei war heute (Sonntagnachmittag) in Berlin versammelt und überaus zahlreich aus allen Teilen Preußens befuht. Außer andern Gegenständen wurde auch die allgemeine politische Lage besprochen, namentlich soweit sie durch die Beschlüsse des Herrenhauses zur Wahlrechtsvorlage beeinflusst erscheint. Eine lange und eingehende Beratung ergab Einmütigkeit in allen entscheidenden Fragen. Beschlüsse wurden selbstverständlich nicht gefasst, da der Landesausschuss in parlamentarischen Angelegenheiten den Fraktionen des Abgeordnetenhauses und des Reichstages vorzugreifen nicht berufen ist. Der Landesausschuss sprach der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses sein volles Vertrauen und seine Anerkennung aus für die bisherige Haltung in der Wahlrechtsfrage.

Man sieht, nicht die Wahlrechtsfrage, sondern die allgemeine politische Lage wurde beleuchtet. Beschlüsse wurden nicht gefasst, das heißtt, das Hintertürchen des Zentrumssturms wurde offen gelassen, damit die Konservativen zur gegebenen Stunde reuevoll hineinschlüpfen könnten. Inzwischen macht ihnen die Zentrumsprese die Hölle heiß. Die Kölnische Volkszeitung ergiebt ihren bittersten Spott über die nationalliberal-konservativen Kompromissversuche. „Wer ist in Verlegenheit?“ „In Wahlhöft sind die Zentrumswähler noch nie so vergnügt gewesen wie jetzt!“ Und das rheinische Zentrumsblatt erklärt seine schadenfrohe Freude mit Ausführungen der Schlesischen Volkszeitung, die es entsprechend einleitet und kommentiert:

„Mag die Sache so oder andern auslaufen, wir haben und behalten zwei Freiheiten unserer ‚samoßen Taktik‘.“

Räumlich erstens die Durchsetzung der geheimen Wahl. Diese Errungenschaft bleibt bestehen, wenn auch das gegenwärtige Gesetz scheitern sollte. Jede künftige Wahlreform wird auf der Grundlage der geheimen Abstimmung, wenigstens bei den Urwahlen, aufgebaut sein, und wenn schließlich dieser Fortschritt rechtsträchtig wird, so werden alle vernünftigen Leute sagen: das verdienen wir der Zentrumsfraktion von 1910. Zweitens haben wir den Vorteil, daß die mittelparteiliche Tendenz der gegenwärtigen Regierung klarheitlich ist. Klarheit und Wahreheit ist in allen Dingen gut. Gegenüber dem verfürblichen Gerede von der „Stellung der Regierung über den Parteien“ kann man jetzt deutlich erkennen, wie stark noch der Einfluß des Liberalismus in den höheren Kreisen ist und welche Gefahren noch wie vor der Block- oder Kartellgedanke sowohl der Zentrumspolitik als den wahrhaft konservativen Bestrebungen bedrohen.

Ferner bringt die neueste Wendung uns den Gegenwartsvorteil, daß die Zentrumspartei wieder völlig freie Hand bekommt. Wir haben redlich das unfeige getan; wenn man uns nun die Verantwortung für das heisse Werk abnimmt, so fühlen wir uns wirklich nicht blamiert oder gar kompromittiert, sondern erleichtert.

Wie sehr das deutsche Volk dem Zentrum für die geheime Wahl verbunden ist, wissen die deutschen Arbeiter, und das Zentrum wird schließlich noch gerne auf diesen „Dan“ verzichten. Bedeutungsvoller ist der Hinweis des Zentrumsblattes, der Herrn Bethmann-Hollweg als verkappten Nachfolger der Bülowschen Blockpolitik enthüllt. Die Kreuzzeitung kommt dem Zentrum in der Befreiung der Abstimmung über den Hausknechtspargraphen mit den Worten entgegen:

Zunächst eröffnet diese Abstimmung keine günstigen Aussichten für eine Verständigung der Mehrheit mit den Nationalliberalen über ein neues Wahlrechtskompromiß, von dem in diesen Tagen in allerlei dunklen Andeutungen geredet und gesprochen wird. Sieht man die Entschlossenheit der nationalliberalen Fraktion, selbst in Angelegenheiten, die alle nicht demokratischen Parteien eingebracht werden sollen, genau das Gegenteil von dem zu tun, was die Rechte für geboten hält, so wird man nicht daran glauben können, daß die ersten und eindringlichen Mahnungen der mehr nach rechts neigenden nationalliberalen Blätter irgendwelchen Eindruck machen werden... Innerhalb der konservativen Partei wird die Einmütigkeit dadurch nur gefördert werden; vielleicht ist das schon durch die Einmütigkeit der Linken bei der Abstimmung am Freitag geschehen. Den liberalen Sperling aus dem Dache nachzujagen, wird niemand Lust verspüren, wenn er die Zentrumsstaube in der Hand hält. Daß wir einen solchen Ausgang aus Gründen des Staatswohls sehr befürworten würden, brauchen wir nicht erst zu wiederholen. Aber was läßt die guten Absichten des Herrenhauses, wenn die Mittelparteien sich darauf verstetzen, das Zentrum unter allen Umständen „auszuhalten“. Schließlich ist unser Interesse an einer Wahlrechtsänderung so verschwindend, daß wir auch ein Bito der Regierung und eine endgültige Ablehnung des Abgeordnetenkompromisses durch das Herrenhaus gelassen hinnehmen würden.

Man erinnert sich, daß die Kreuzzeitung nach der Annahme dieser Fassung der Vorlage im Abgeordnetenhaus eingetreten ist. Wenn die Kreuzzeitung heute dagegen für die unschuldsvolle Zentrumsstaube, und zwar auf Kosten der Herrenhausvorlage, Stellung nimmt, so läßt das tief blitzen. Die Ablehnung der Herrenhausvorlage durch die Konservativen des Abgeordnetenhauses würde Herrn Bethmann-Hollweg mit der Einbuße des königlichen Vertrauens zu Boden schmettern.

Das Gespenst Bülow geht um; im Kanzlerfriedhof des Zentrums wird emsig ein Grab geschaukelt, Theobald, auch wie bald...

Deutsches Reich.

Gegen zwei Fronten.

Prof. Delbrück, dessen politische Uebersichten in den preußischen Jahrbüchern den Reaktionären sehr ungeliebt kommen, weist sehr richtig darauf hin, daß die Forderung der Drittteilung in größeren Bezirken nicht nur nicht liberal, sondern schlechthin reaktionär ist. Bei der jetzigen Drittteilungsart kam das Häuflein von Sozialdemokraten in den Landtag, nach der Erfüllung der nationalliberalen Forderung würden die Sozialdemokraten aus dem Landtag verschwinden;

Die Sachlage ist also die, daß die Regierung, um die Nationalliberalen zu gewinnen, sich dafür einsetzt, den ohnehin recht konservativen, schwäbischen Entwurf noch erheblich rückwärts zu revidieren.

Diese Sachlage wird aber von der bürgerlichen Presse, mit Ausnahme der zentralistischen, verdeckt und verhüllt. Die Liberalen sagen es nicht, weil sie ihren Schächer verhüllen wollen. Die Konservativen verhüllen es auch, weil sie den eigenen Parteigenossen nicht zugestehen dürfen, daß in dieser Angelegenheit die Nationalliberalen reaktionär sind, als sie selbst; sie können den Nationalliberalen keinen Vorwurf machen, weil sie gegen die nationalliberale Forderung nur aus Rücksicht auf die Parteiinteressen des Zentrums kämpfen, dem als einer Partei mit demokratischen Wählermassen die neue Drittteilungsart schaden würde.

Nachdem Delbrück so den nationalliberalen Reaktionären das Fell gelopft, warnt er die Konservativen vor der sie erwartenden Wahlniederlage. Er prophezeit, daß ein Drittel ihrer Reichstagsmandate verlieren würden und nur zwanzig Mann stark in den Reichstag einziehen werden. Wir wollen nicht prüfen, ob die Prophesien Delbrucks stichhaltig sind, aber charakteristisch ist, wie kleinlaut die sonst so großmütige Deutsche Tageszeitung Delbrucks Voraussagen glossiert:

„Dass die konservative Partei bei den nächsten Reichstagswahlen einen sehr schweren Stand haben wird, ist klar. Das weiß sie selbst, und sie wird dementsprechend ihre Wahlnahmen treffen. Arbeitet sie aber kräftig, erfüllt sie die unerlässliche Pflicht fortwährender Auflösung und Sammlung, verlässt sie auch die unabdingt nötige und erfolgreiche Kleinarbeit nicht, so wird sie den schweren Kampf nicht ruhlos und nicht erfolglos führen. Gerade die niederschmetternde Prophezeiung des Herrn Professor Delbrück ist geeignet, der konservativen Partei Mut einzusöhnen.“

„Nicht ruhlos“ und „nicht erfolglos“? Warum nicht ruhmvoll und erfolgreich? Seit wann dieser resignierte Ton? „Gestern noch auf stolzen Rossen, heute durch die Brust geschossen.“

Die Reihen enger geschlossen.

Die Angst vor der Niederlage schließt die Reihen der Konservativen enger. Wie bekannt, entstand nach dem Zerfall des Blocks in den Reihen der Konservativen eine Fronde, die sogenannte Panlower Vereinigung, die aus städtischen und gubernamentalen Elementen bestehend, der konservativen Partei vorwarf, sie habe sich dem Bunde der Landwirte mit Haut und Haaren verschrieben. Die Junker machten nicht viel Federlesens mit den Schmerzen ihrer Revisionisten, sondern drückten sie kurz an die Wand. Die Pflaumenweichen weinten eine Zeitlang in den Spalten der Täglichen Rundschau über die robuste Natur ihrer ländlichen Parteifreunde, aber als die Lage im Reiche sie um das weitere Wohlergehen der konservativen Partei bange mache, vergaßen sie alle Anklagen und lehnen jetzt reumügt zur Partei zurück. Die Kreuzzeitung drückt sie an die Brust und meint in die süßen Worte der Begrüßung Wermutstropfen der Mahnung:

In der Berliner Versammlung vom 3. Mai wurde der Friedensschluß der Parteiversion mit der Panlower Konservativen Vereinigung“ festgesetzt. Wenn man bedenkt, wie sehr das fröhliche Auftreten der Freunde der „Panlower“ in Johanneburg dazu beigetragen hat, die konservativen Reihen zum Wanken zu bringen, welchen Rückhalt Hansabund und Bauernbund in den scharfen und verlebendigen Erklärungen der „Panlower“ gegen die konervative Reichstagsfraktion gefunden haben, Erklärungen, die sich ja zum Teil inhaltlich genau mit den Vorwürfen decken, die unserer Partei von den Nationalliberalen gemacht werden, dann muß man die Rückkehr der „Konservativen Vereinigung“ zu den Grundsätzen aller Parteidisziplinen als ein gutes Omen begrüßen.

Wie bekannt, boten die Vorwürfe der Panlower Vereinigung nur ein mattes Spiegelbild der konservativen Sünden. Der „Einfluß“ dieser Sünden. Werden diese aus der Welt geschafft, wenn die konservativen Revisionisten zu Kreuze ziehen?

Reichskanzler und Wertzuwachssteuer.

Der Reichskanzler verhandelte am Sonnabend mit den Führern der Parteien im Reichstage, um die Wertzuwachssteuer noch vor der Vertragsunterzeichnung am Freitag bringen zu können. Der Reichskanzler schlug vor, der Reichstag möge nach Pfingsten noch einmal zu einer kurzen Tagung zusammenkommen. Von den Vertretern der Parteien wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß nach Pfingsten kaum mehr auf ein beschlußfähiges Haus gerechnet werden könnte. Namentlich verhielt sich das Zentrum am Vorschlag des Reichskanzlers völlig ablehnend. Die Freunde der Wertzuwachssteuer wiesen darauf hin, daß die Vorlage in ihrer jetzigen Form wohl kaum auf Annahme im Reichstag rechnen könne.

In der Kommission wurde auf Antrag des Genossen Dr. Südekum beschlossen, bei Wiederauflauftritt des Reichstages im November d. J. eine dritte Lesung vorzunehmen. Damit ist die Veratung dieses Gesetzes im Plenum bis zum nächsten Winter vertagt.

Friedberg-Büdingen.

Der Kuhhandel zwischen den Landständen und den Nationalliberalen ist erfolglos verlaufen. Die Nationalliberalen markieren also Opposition und stellen als eigenen Kandidaten den Giehener Professor v. Calker auf. Da sie den Preisnügen versprochen haben, in Usedom-Wollin und Jauer-Landshut seien Gegenkandidaten aufzutreten, unterstützen die brave Freiheitkämpfer den nationalliberalen Reaktionär und die Frankfurter Zeitung hebt diese Prinzipienkampf als Heldentat in den Himmel. Die Bindler stellen Dr. Helmolt, die Sozialdemokratie den Genossen Busold auf. Das Zentrum gedenkt, wie unser Darmstädter Parteiblatt berichtet, mit einer selbständigen Kandidatur hervorzutreten, weil es durch die Beteiligung des blinddörflichen Kandidaten, des Reichsverbandlers Dr. Becker, verärgert sein soll.

Über die künftige Verfassung Elsass-Lothringens läßt sich der hannoversche Courier aus Straßburg schreiben:

„Elsass-Lothringen bleibt nach allem, was man hört, Neideiland, das heißtt, die landesherrliche Gewalt wird nach wie vor vom Kaiser durch einen Statthalter ausgeübt. Ihm zur Seite steht als neugegebene Körperschaft ein aus zwei Kommunen gebildeter elsass-lothringischer Landtag. Bundesrat und Reichstag

hören damit auf, gegebene Faktoren für die Landesgesetzgebung Elsass-Lothringens zu sein. Die Zweite Kammer geht aus einem Wahlrecht hervor, das entweder Majoritäts- oder Verhältniswahl, wahrscheinlich die letztere bringt. Die Erste Kammer würde sich teils aus Vertretern einzelner Verwaltungsbereiche, teils aus solchen der Künste, der Universität, des obersten Gerichts, teils aber aus Mitgliedern kaiserlicher Ernennung zusammensetzen. In dieser Kammer erhält man das Gegengewicht gegen die unter Umständen von radikalen Strömungen abhängige Zweite Kammer.

Zweitens fehlen noch darüber zu bestimmen, ob und wie man Elsass-Lothringen stimmberechtigte Vertreter im Bundesrat vertragen soll. Weder von liberaler, noch von konsistaler Seite wird aber viel Wert darauf gelegt, da, wie man ausführt, es für absehbare Zeit doch an einer Stelle fehlen würde, die die elsass-lothringischen Stimmen in einer den reichsständischen Interessen angemessenen Weise instruieren könnte.“

Also eine Scheinvorsitzung bester preußischer Art!

Berlin, 9. Mai. Das Biehleuhengesetz soll dieses Jahr noch nicht in Kraft treten, obwohl es schon in der vorjährigen Session fertiggestellt wurde. In den Berliner Politischen Nachrichten wird diese Verzögerung zunächst damit „entschuldigt“, daß zu dem Gesetze ausführliche Ausführungsanweisungen durch den Bundesrat erlassen werden müssten. —

Reichstagswahlauswahl. Nach einer Meldung eines württembergischen bürgerlichen Blattes soll der Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Sieber demnächst zum Direktor des neu geschaffenen evangelischen Oberschulrates ernannt werden. Damit würde, weil es sich ohne Zweifel um eine Förderung in ein höheres Amt handelt, das Reichstagsmandat des Professors Sieber erlöschen. Sieber vertritt den Wahlkreis Cannstatt-Ludwigsburg, wo er mit 18 787 Stimmen gegen 15 488 sozialdemokratische Stimmen gewählt worden ist.

Einer von vielen. Wegen Körperverleumdung im Amt in zwei Fällen wurde am Freitag der ehemalige „Schuhmann“ Albin Behrens aus Harburg von der Stadter Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hat am 8. März d. J. auf einer Polizeiwache in Harburg zwei sitzende Arbeiter wiederholt in empörender Weise misshandelt, den einen mit Fäusten und einem Ochsenzimer geschlagen und mit Faustritten regaliert. Von der Anklage der Freiheitsverurteilung wurde dieser Musterschuhmann freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte zwei Jahre Gefängnis beantragt.

Keine politische Nachrichten. Nach den neuesten, noch nicht offiziellen Bestimmungen soll das Leinenbegängnis König Edwards am 22. Mai stattfinden. — Das Volk des Kantons Bern erzielte gestern der Regierung und dem Grossen Rat die Vollmacht, eine Staatsanleihe von 30 Millionen Franken aufzunehmen.

Frankreich.

Der Sieg der französischen Sozialdemokratie.

Paris, 9. Mai. Von den gestern vorgenommenen Stichwahlen sind bisher 220 Resultate bekannt. Es fehlen noch die zwei Resultate aus Korfka und eins aus Senegal. Es wurden gewählt: 49 Sozialdemokraten, 8 unabhängige Sozialisten (b. h. die von der Partei abgespaltenen revisionistischen Streber), 102 Radikale und Radikal-Soziale, 18 Linksbürger, 8 Republikaner, 21 Progressisten, 10 Liberale, 2 unabhängige Republikaner, 2 Nationalisten und 2 Konservative. In dieser 222 Resultaten kommen noch 4 Wahlbezirke, in denen die Wahl noch nicht proklamiert werden konnte, da die Resultate noch nicht vollständig eingegangen waren. Mit der Haupt- und Stichwahl zusammen sind gewählt worden: Radikale und Radikal-Soziale 205, Linksbürger 78, unabhängige Sozialisten 18, unabhängige Sozialisten 78, Liberale 53, Progressisten 71 und Konservative 34. Nach der Haupt- und Stichwahl stellen sich die Siege und Verluste wie folgt: die Radikalen und Radikal-Sozialen verlieren 28, die unabhängigen Sozialisten 8 und die Konservativen 9 Siehe, die Linksbürger gewinnen 8, die Liberale und Progressisten 7 und die unabhängigen Sozialisten 20 Siehe.

Janres ist in Albi mit 8445 Stimmen gegen 5843 Stimmen gewählt, der 5843 Stimmen erhielt

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Saloniki, 7. Mai. Die militärischen Vorlehrungen in Oberalbanien werden fortgesetzt und die Truppentransporte dauern an. Aus Bitihira werden neue Waffen gemeldet. Mehrere Treffen mit den Aufständischen haben östlich von Anatolikali stattgefunden. Radjina und Kordukt wurden bombardiert. Der Pass von Crniacovo wurde von vier Bataillonen ohne Widerstand von Seiten der Arnauten besetzt.

Konstantinopel, 7. Mai. Die unerwartete Abreise des Kriegsministers erregt großes Aufsehen und wird verschieden ausgelegt. In wohlunterrichteten türkischen Kreisen verlautet, der Hauptgrund der Reise liege in Meinungsverschiedenheiten zwischen Offizieren des dritten Korps über die Art des Verteidigens gegen die Albaner. Der Kommandant des Korps, Hamdi, hat um seine Demission nachgefragt. Der Kriegsminister ist bemüht, Hamdi zur Zurückziehung der Demission zu bewegen. Der Kommandant der 18. Division in Mitrowica, General Djahabir, der ebenfalls demissioniert hat, ist in Konstantinopel eingetroffen.

Konstantinopel, 8. Mai. Nach amtlichen türkischen Nachrichten lehnen die Bauern des Bezirks Silan, die sich den Aufständischen angeschlossen hatten, in ihre Dörfer zurück. Fünf Bataillone sind in Prizrend eingetroffen, wo Ruhe herrscht. Die allgemeine Lage im Vilajet Koskovo hat sich gebessert.

Sächsische Angelegenheiten.
Vor der Entscheidung.

Auf der Tagesordnung der Zweiten Kammer stehen heute auch die letzten Wahlprüfungen. Die Abstimmungen beantragen, die Wahlen der Abg. Dr. Roth (freie) und Linke (Soz.) für gültig, die des Abg. Schmidt (Soz.) aber für ungültig zu erklären. Der letztere beschließt der 5. Abteilung nach dem schärfsten Widerspruch herausfordernd. Wir geben deshalb die Hauptpartei aus dem Bericht über den Protest gegen die Gültigkeit der Wahl Schmidt im 14. ländlichen Wahlkreis im folgenden wieder.

Bei der Hauptwahl sind nach amtlicher Feststellung von 10 610 gültigen Stimmen a) 3355 für Pfarrer Starke in Dörschenhain, b) 3282 für Rechtsanwalt Freytag in Chemnitz, c) 3073 für Kassierer Schmidt in Chemnitz abgegeben worden. Zwischen a und b ist die Differenz 73 Stimmen. Bei der Stichwahl zwischen Starke und Schmidt sind von